

Absender

**Fachbereich Jugend
und Soziales**

Drucksachen-Nr.

0144/2016/1

öffentlich

Antrag

der FDP-Fraktion

zur Sitzung:

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 14.04.2016

Tagesordnungspunkt

Antrag der FDP-Fraktion vom 22.06.2016 zur Organisation einer Initiative zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

Inhalt:

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach vom 22.02.2016

Die FDP-Fraktion hat den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt.

Sachdarstellung:

Wie unter Tagesordnungspunkt 9 ersichtlich (siehe S. 3 des Jahresberichtes), hält die GL-Service gGmbH bereits seit vielen Jahren Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG vor. Die Stellen sind bei dem betroffenen Personenkreis sehr beliebt und von der Möglichkeit wird reger Gebrauch gemacht. Bis 2013 war es grundsätzlich möglich, jedem Asylsuchenden ein Arbeitsangebot zu unterbreiten. Durch die deutliche Zunahme der Flüchtlingszuweisungen ist dies derzeit nicht der Fall, da Kapazitäten in diesem Umfang derzeit nicht zur Verfügung stehen.

Aus Sicht der Verwaltung hat die GL-Service gGmbH die notwendige Expertise, um sich im

Auftrag der Stadt weiterhin mit diesem Thema auseinander zu setzen und die Aufgabe zu übernehmen, zusätzliche Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerbende zu schaffen. Derzeit liegt der Stadtverwaltung ein entsprechendes Angebot zur Ausweitung der Plätze für Arbeitsgelegenheiten der GL-Service gGmbH vor, welches geprüft wird. Gespräche über die Ausgestaltung werden geführt.

Weiterhin verfolgt die Verwaltung intensiv, inwieweit die bisherigen Verlautbarungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zusätzliche Mittel für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber bereitzustellen, tatsächlich umgesetzt werden, so dass diese Mittel auch in Bergisch Gladbach eingesetzt werden können. Hierzu sind weitere Gespräche mit der Arbeitsverwaltung erforderlich, um auch die dortige Bereitschaft bei Vorhandensein von Mitteln diese entsprechend zur Verfügung zu stellen, zu eruieren.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beauftragt die Verwaltung, mit der GL-Service gGmbH weitere Gespräche mit dem Ziel einer Erhöhung der Anzahl der Plätze für Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz oder vergleichbarer Plätze für die Heranführung von Menschen an den Arbeitsmarkt zu führen. Dabei soll auch geprüft werden, inwieweit Fördermittel z. B. der Arbeitsverwaltung abgerufen werden können.

Der Ausschuss ist über den Fortgang der Gespräche zu informieren.

Sofern für die Schaffung von weiteren Arbeitsgelegenheiten städtische Finanzmittel eingesetzt werden müssen, sind hierfür entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien einzuholen.

Stadt Bergisch Gladbach
Einwurf Nachbriefkasten

am: 22. Feb. 2016

Anlage

23. Feb. 2016
DC

**Freie
Demokraten**
FDP

FDP – Konrad-Adenauer-Platz 1 – 51465 BGL

An den
Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach

Herrn Lutz Urbach

Konrad - Adenauer – Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

FDP-Fraktion im
Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Jörg Krell – Fraktionsvorsitzender

Zimmer 13
Rathaus Konrad-Adenauer-Platz
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 0 22 02 / 14 23 14
Telefax: 0 22 02 / 14 23 14
Web: fdp-bergischgladbach.de
E-Mail: fraktion@fdp-bergischgladbach.de

Bergisch Gladbach, den 22.2.2016

Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach am 8. März 2016 – Antrag der FDP Fraktion

Lieber Herr Urbach,

die FDP bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Stadtrats-Sitzung am 8. März zu nehmen.

Antrag:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung der Stadt Bergisch Gladbach wird beauftragt, eine Initiative zur sofortigen Integration auch neu angekommener Flüchtlinge in die Arbeitswelt zu organisieren. Die Verwaltung soll sich dabei von den Kollegen der Stadt Iserlohn informieren und beraten lassen, die mit ihrem Modell bereits in wenigen Wochen 100 Flüchtlinge in Stellen (1-€-Jobs) vermittelt haben.

Die Ziele dieser Initiative sind:

- 1.) Eine schnellere Integration arbeitsfähiger Neuankömmlinge in die Gesellschaft durch tägliche Kontakte zu Einheimischen
- 2.) Frühzeitige Kontakte zu potentiellen Arbeitgebern bzw. Lehrherren für mögliche Arbeits- und Ausbildungsplätze
- 3.) Verbesserung der Qualifikation durch Learning by Doing (sowohl bezüglich der Deutschkenntnisse als auch durch das Erlernen von Fertigkeiten am Arbeitsplatz)
- 4.) Sinnvoll ausgefüllte Tagesabläufe und damit eine Reduktion von Unzufriedenheit und Aggression.

Die Verwaltung wird aufgefordert, dazu - wie in Iserlohn erfolgreich praktiziert - in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit die Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft und mit den örtlichen Unternehmen zu suchen.

Begründung:

Für die Flüchtlinge bietet sich (aufgrund ihrer oft geringen Qualifikation und wegen der niedrigen formalen Hürden) das 1-€-Modell für Langzeit-Arbeitslose an:

Die Flüchtlinge sind ohnehin Leistungsbezieher; wie die Erfahrung in Iserlohn zeigt, sind sie trotz der geringen Bezahlung von 1 € / Stunde motiviert, diese Möglichkeit zu nutzen. - Für die Unternehmen und Handwerksbetriebe, für die die Flüchtlinge in dieser Phase zumeist kein Produktivfaktor sind, sondern im Gegenteil einer Betreuung und Anleitung bedürfen und somit Aufwand generieren, hält sich somit die Belastung in Grenzen und erhöht die Akzeptanz.

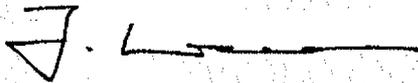
Analog zu dem Modell in Iserlohn soll die Initiative für alle Flüchtlinge vom ersten Tag an gelten, auch wenn noch nicht über deren Asylantrag entschieden ist.

Die oben genannten Ziele rechtfertigen den Aufwand, der für die Verwaltung mit der Konzeption und Umsetzung dieser Initiative verbunden sind.

Ansprechpartner bei der Stadt Iserlohn ist das Büro der Ersten Beigeordneten Katrin Brenner.

Die FDP-Fraktion bittet Sie, Herr Bürgermeister, diesen Antrag in der kommenden Ratssitzung zur Abstimmung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Krell